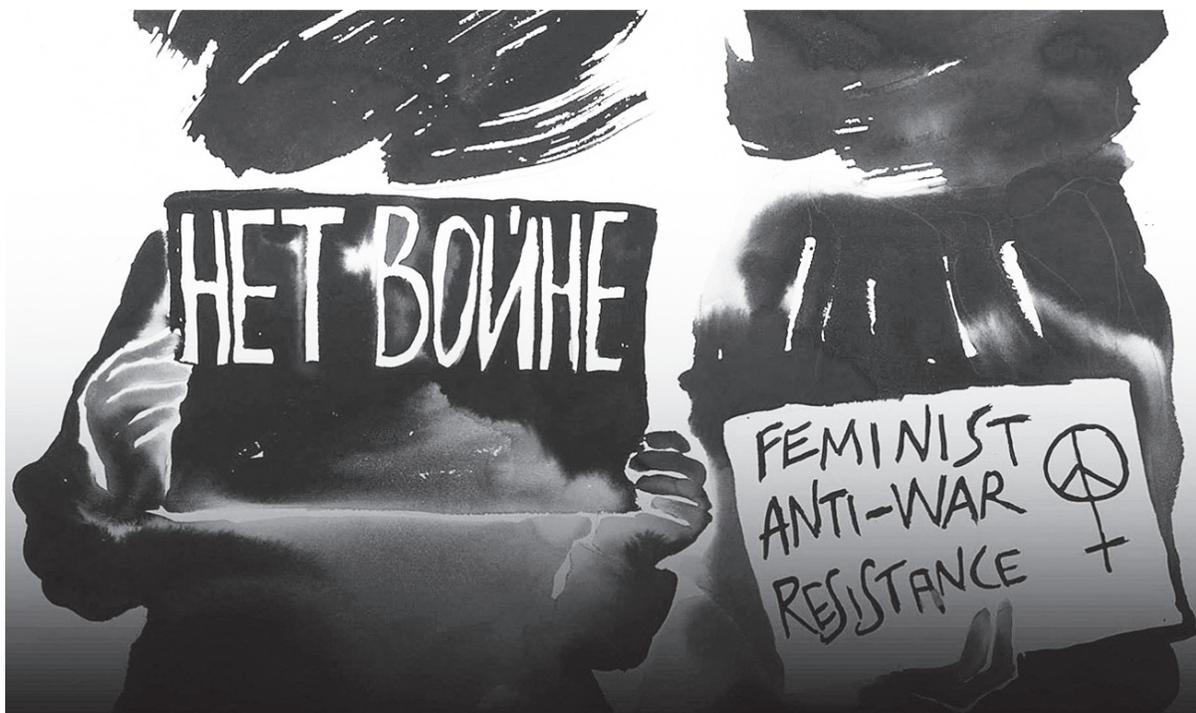


# ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen Bürger:innen Forums



«Women in Black Against the War», Katya Muromtseva

AZB 4001 Basel  
Europäisches Bürger:innen Forum, 4001 Basel  
Die Post CH AG

## ÖSTERREICH/RUSSLAND

# Widerstand findet im Alltag statt

**Wir trafen Lölja Nordic, eine junge oppositionelle Exilrussin, Ende Juli im antifaschistischen Camp in Südkärnten bei Zelezna Kapla/ Bad Eisenkappel. Das Camp fand dieses Jahr an der NS-Gedenkstätte Peršmanhof statt und wurde aus fadenscheinigen Gründen von Einsatzkräften der Polizei gestürmt.\* Lölja ist aktiv in der feministischen Anti-Kriegs-Bewegung «The Feminist Anti-War Resistance».**

*Archipel: Lölja, du kommst aus St. Petersburg und studierst jetzt in Wien. Der Peršmanhof liegt da nicht gerade auf der Strecke, was bedeutet dieser Ort für dich?*

Lölja: Zum ersten Mal war ich 2024 beim Antifa-Camp, vorher hatte ich nie etwas von diesem Ort gehört und nichts vom Widerstand der Kärntner Slowen:innen gewusst. Die Bedeutung des Partisanen:innenkampfes im Zweiten Weltkrieg war mir unbekannt. Hier im Museum habe ich viel erfahren, habe weiter recherchiert und bin erstaunt, ja tief beeindruckt von all dem. Als ich hörte, dass das Antifa-Camp jedes Jahr stattfindet, bin ich gerne hergekommen. Als Feministin und Antifaschistin im aktiven Widerstand gegen den russischen Faschismus hat mich die tragende Rolle der Frauen im Widerstand sofort angesprochen.

*Helena Kuchar-Jelka (eine slowenische Kärntner Partisanin, Anm. d. Red.) hat immer wieder erklärt, dass Widerstand im Alltag stattfindet und wenig mit Heldentum zu tun hat. Wie siehst du das?*

Ich sehe das ganz genauso. Es ist eine sehr feministische Perspektive. In einer patriarchal organisierten Welt voller toxischer Maskulinität wird Widerstand oft durch radikale Aktionen, Proteste, heldenhaften Militarismus definiert; selten als Aktivitäten im Alltag, die oft unspektakulär erscheinen und doch so existentiell sind. Für mich ist Widerstand ein breites Spektrum, in welchem der heroische Aspekt an der Front gegen die Nazis oder gegen die Polizei zu kämpfen nur ein sehr kleiner ist. Wir sollten unsere Aufmerksamkeit viel mehr der Bildung und der Aufklärung widmen. Mehr auf kulturelle Vielfalt,

Care-Arbeit, Kooperation und gesellschaftlichen Zusammenhalt achten, vor allem bei politisch und sozial vulnerablen Personen. In meiner Erfahrung als politische Aktivistin liegt diese tägliche Routine meistens auf den Schultern der Frauen. Es ist unsichtbare, langweilige Arbeit, die jedoch unabdingbar ist und getan werden muss.

Ich beobachte, dass Männer in politischen Bewegungen und selbst in der radikalen Linken diese Trennung zwischen Aktivismus und Alltagsarbeit machen. Auch deshalb bin ich Feministin, weil es keine Hierarchie in den Aufgabenbereichen geben sollte. Alltagsarbeit ist auch deswegen unsichtbar, weil in der Geschichte von grossen Namen und heroischen Taten des Widerstands erzählt wird, aber nicht von dessen Voraussetzung, nämlich der Arbeit im Hintergrund.

*Noch ein Bezug zu Jelka. Sie war eine Frau ohne besondere Schulbildung und aus einem einfachen Umfeld. Die Zeiten waren schwierig und die Präsenz der Nationalsozialisten erdrückend. Kurierdienste oder Versorgung der Partisan:innen waren sehr gefährlich, nicht nur für sie selbst, sondern auch für ihre Kinder. Hier im Westen hören wir, dass in Russland jegliche Opposition unmöglich ist. Wie erlebst du das?*

Das eiserne Regime von Putin ähnelt zunehmend einer Diktatur; offene Proteste auf der Strasse sind nicht mehr möglich. Wir haben etliche Demonstrationen organisiert mit dem Ergebnis, dass viele Menschen ins Gefängnis gekommen sind, harte Repressionen erleben, es gibt Folter bis hin zu Mord. Die letzte Welle

grosser Strassenaktionen war 2022 gegen den Überfall auf die Ukraine. In mehreren Städten protestierten Abertausende Menschen, obwohl sie sich des Risikos bewusst waren. Es gab massenhaft Verhaftungen und die Repression ist nochmal härter geworden. Wir wissen von 2000 politischen Gefangenen, die Dunkelziffer ist sicher höher, da manche keinen Zugang zu sozialen Netzen haben, vielleicht irgendwo in einer Kleinstadt eingesperrt sind und niemand weiss, dass sie politische Gefangene sind.

«**Opposition in Russland ähnelt jetzt eher dem Partisan-innen-widerstand.»**

Wegen des brutalen Vorgehens der Polizei musste die Opposition untertauchen. Opposition in Russland ähnelt jetzt eher dem Partisan-innen-widerstand: Der Kampf gegen das Regime geschieht im Geheimen: Agitation gegen den Krieg, Verteilen von Flugblättern, Umgehen des Einberufungsbefehls, Zurückholen von Soldaten auf legalem Wege von der Front. Viele wurden zur Armee gezwungen oder erpresst. Russen und Russinnen unterstützen die gewaltsam Vertriebenen aus den jetzt russisch besetzten Gebieten. Hunderttausende Menschen wurden vom Militär in unterschiedliche Regionen verschleppt, sind dort auf humanitäre Hilfe angewiesen oder brauchen Unterstützung, um in die Ukraine zurückzukehren. All das wird von russischen Staatsbürger-innen in Graswurzelbewegungen organisiert.

Es gehört auch zum Widerstand, die zahlreichen politischen Gefangenen zu versorgen. Das Regime will, dass sie unsichtbar sind, ihre Namen von der Welt vergessen werden, dass sie im Gefängnis elend verrotten. Russische Staatsbürger-innen veröffentlichen ihre Geschichten und sammeln Geld, um

Anwälte zu bezahlen. Wenn du zu 20 Jahren Haft verurteilt bist, ist ein Anwalt besonders wichtig, da er oft als Einziger eine Chance hat, ein Besuchsrecht zu erwirken, dich zu sehen und somit einen Bezug zur Aussenwelt herzustellen. Russische Gefängnisse sind eine kostspielige Angelegenheit; ohne Geld überlebt man nicht. Essen, Medikamente, saubere Kleidung, der ganze Lebensunterhalt, für alles muss Geld gesammelt werden oder die Familie muss zahlen. Würde mir das passieren, ich hätte null Unterstützung von meinen Angehörigen. Ein Aspekt des Widerstands ist auch, dass die Gefangenen überleben. Solange sich jemand um sie kümmert, sie nicht vergessen sind, gibt es eine grössere Chance, nicht zu Tode gefoltert zu werden.

Hunderte von Leuten haben auch radikalere Partisan-innenaktionen durchgezogen: etwa Mobilisierungsbehörden der Armee in Brand gesteckt und Dokumente vernichtet. Dadurch wurde die Einberufung etlicher Soldaten verzögert, weil viele amtliche Strukturen noch nicht digitalisiert sind. Schienenstränge zur Versorgung der Front mit militärischer Ausrüstung wurden gesprengt, ganze Züge gingen verloren; die Kriegsmaschinerie wurde so verlangsamt. Zum Glück wurden die meisten der Akteur-innen nicht ertappt. Aber einige haben sie doch erwischt, sie wurden zu 20 bis 25 Jahren schwerer Haft verurteilt und schlimm gefoltert. Ausserhalb Russlands ist dieser Widerstand – trotz der enormen Risiken – leider nicht bekannt. Wenn ich hier Zeitungen lese, steht da nur, dass alle hinter Putin stehen – wohl weil wir keine tolen Bilder von wilden Strassenschlachten mit der Polizei liefern können.

*Wir hören, dass der russischen Zivilgesellschaft das Hirn gewaschen wird. Wir sehen Bilder kriegswilliger Männer, die im Dienst an der Front jede Menge Geld verdienen. Du sagst, die feministische Bewegung sei stark gewachsen. Wie können wir uns das vorstellen?*

Ich glaube, in jedem bewaffneten Konflikt gibt es Leute, die mit Krieg Profit machen oder dem aggressiven toxisch männlichem Setting angehören, dem es einfach gefällt, andere umzubringen. Meiner Meinung nach hat das nichts mit einem Land, einer bestimmten Nationalität zu tun. Als die Mobilisierung losging, waren in den Grossstädten die Strassen wie leergefegt. Auch rechte Parteigänger, dezidierte Kriegsbefürworter oder Putin-Anhänger wollten nicht in den Krieg. Ich war da schon nicht mehr in Russland, aber alle meine Freund-innen haben berichtet, dass die Männer sich versteckt haben, aus gutem Grund. Ab 2022 sind mehr als zwei Millionen Wehrfähige ins Ausland gegangen und nie mehr zurückgekommen. Ganz unabhängig von ihrer politischen Überzeugung wollten sie nicht einrücken. Meiner Meinung nach wollen die meisten Russen nicht kämpfen.

Unser feministisches Kollektiv gegen den Krieg ist mit der Vollinvasion entstanden. Gruppen aus den unterschiedlichsten Regionen Russlands sind zusammengekommen; wir haben uns an all den beschriebenen Aktionen beteiligt; Mütter und Ehefrauen von Soldaten, die an die Front gezwungen wurden, schlossen sich zusammen; Angehörige, die trotz massiver Einschüchterung der Regierung ihre Söhne und Männer aus der Armee herausgeholt haben.

Für uns ist es aber genauso wichtig hervorzuheben, dass es neben dem militärischen Konflikt auch um Gendergerechtigkeit geht. Im Krieg werden zuerst die Frauen zum Schweigen gebracht und geschlechtsspezifische Gewalt nimmt zu. In Russland stieg laut Statistik mit dem Ausbruch des Krieges die Gewalt gegen Frauen massiv an. In Krisensituationen, in einer landesweiten Stimmung, in der Gewalt gerechtfertigt und toleriert ist,

«**In Russland stieg mit dem Krieg die Gewalt gegen Frauen massiv an.»**

bekommen das die Frauen zuerst zu spüren. Dieser Effekt ist wissenschaftlich nachgewiesen. Deshalb erklären wir auch, dass es nicht nur um die Auswirkungen auf die Ukraine geht, sondern auch um unsere Gesellschaft, um die Sicherheit von Frauen und Kindern.

Wir sprechen viel darüber, was es bedeutet, wenn die russische Regierung Straftäter vor die Wahl stellt, ihre Haft gegen den Dienst an der Front einzutauschen. Es sind Leute, die wegen Mord, Vergewaltigung oder anderen schweren Delikten zu sechs bis zehn Jahren verurteilt wurden. Sie unterschreiben einen Vertrag und wenn sie das Glück haben, ein paar Monate an der Front zu überleben, kommen sie als «freie» Personen zurück, ihr Strafregister ist gelöscht. Es gab mehrere Fälle, wo diese Kriminellen rückfällig geworden sind, wieder gemordet, vergewaltigt haben. Und dann gehen sie wieder für eine Zeit zum Heer und das ganze wiederholt sich. Das ist ein höllischer Kreislauf und extrem gefährlich für unsere Gesellschaft.

*Russland ist ein riesiges Land, wie organisiert ihr die überregionale, bis in die Peripherie reichende Zusammenarbeit?*

Obwohl Russland eine enorme geographische Ausdehnung und 140 Millionen Einwohner-innen hat, gab es überall Proteste gegen den Krieg, vom fernen Osten bis in den Süden und hohen Norden. Es ging weit über die Metropolen von Moskau und St. Petersburg hinaus. Wir haben beobachtet, dass in den Teilrepubliken mit ethnischen Minderheiten und Indigenen der Widerstand besonders heftig war. Diese Menschen wurden immer wieder brutal kolonisiert; erst vom russischen Imperium, dann nochmals zu Zeiten der Sowjetunion. Sie haben Rassismus und Unterdrückung erfahren und das hat sich bei der Mobilisierung wieder gezeigt. Denn hier wurden viel mehr Soldaten eingezogen als im «weissen» Moskau oder St. Petersburg. Die Regierung ging davon aus, dass diese «weissen Moskauer» mehr Ressourcen haben, sich zu entziehen; um die anderen kümmert sich sowieso niemand. Die russische Bevölkerung lebt nicht nur in Grossstädten, sondern besteht aus vielen indigenen Völkern und



«Women in Black Against the War», Katya Muromtseva

unterschiedlichen ethnischen Minderheiten, die zusammengenommen sehr zahlreich sind und einen grossen Teil des Widerstands gegen das Putin-Regime stemmen. Trotz aller Bedrohungen protestierten sie hartnäckig auch noch nach der Völlinvasion.

*Russland hat in den letzten Jahren Kriege an mehreren Fronten geführt. Sind die Leute nicht müde von all dem?*

Alle sind müde, Russ-innen und Ukrainer-innen, denn der Krieg tobt seit drei Jahren intensiv. Der Krieg hat schon 2014 begonnen. Es ist eine lange traumatische Erfahrung, ein Ausweg ist nicht in Sicht. Wir von der feministischen Anti-Kriegsbewegung sehen den kommenden Verhandlungen für einen Waffenstillstand sehr besorgt entgegen, da sind wir uns mit unseren ukrainischen Kamerad-innen völlig einig und sagen das der Welt ganz klar: Waffenstillstand bedeutet nicht Frieden. Solange das Putin-Regime existiert, wird es den nicht geben. Natürlich wollen wir, dass die Waffen schweigen, aber selbst wenn das eintritt, gibt es absolut keinen Grund zur Entspannung. Es kommt sehr darauf an, unter welchen Bedingungen verhandelt wird. Wenn es diejenigen von Putin sind, wird es fürchterlich. Nicht nur für die Ukraine, sondern für Europa und die Welt.

Und was bedeutet das für die Menschen in den derzeit russisch besetzten Gebieten? Bei der Besetzung der Krim hat das Regime alle Aktivitäten von Menschenrechts-, Demokratie-, Umwelt- und anderen zivilgesellschaftlichen Bewegungen völlig ausgelöscht, da ist absolut nichts mehr möglich, alles erstickt in der eisernen Faust der Regierung. Die Bewohner-innen selbst werden von den Besatzern als Bedrohung gesehen. Diese wissen ganz genau, dass ein grosser Teil der Leute nicht kooperieren will. Das Erste, was Putin nach der Besetzung gemacht hat, war jegliche

Aktivität in der Region zu blockieren und die Bewohner-innen massiv zu unterdrücken. Viele Aktivist-innen landeten im Gefängnis. Von der grossen Gruppe der indigenen Krimtatar-innen, die sich besonders gegen die Besatzung wehrten, wurden viele eingesperrt und gefoltert. Flucht oder Gefängnis, das erwartet Tausende von Menschen in den besetzten Gebieten. Diese Leute darf man nicht vergessen!

*Wie kannst du von hier aus in Kontakt mit den Leuten in Russland bleiben? Unterstützen die Russ-innen im Exil den Widerstand?*

Die russische Zivilgesellschaft, untergetauchte Oppositionelle, Leute, die flüchten mussten und nicht öffentlich auftreten können, oder die, so wie ich, im Ausland leben und öffentlich auftreten können: Wir sind über die Grenzen täglich in Kontakt und arbeiten zusammen. Natürlich nutzen wir Internet, machen Zoom-Konferenzen, haben unsere geschützten Chats und manchmal treffen wir uns auch in Drittländern oder schaffen es, uns geheim zu treffen. Hier in einem freieren Umfeld nutzen wir die Möglichkeit darüber aufzuklären, was in Russland tatsächlich läuft, und unterstützen unsere Kamerad-innen, die noch dort leben. Es war von Beginn an ein Teil der Propagandamaschine, den Zwist zwischen den Leuten im politischen Exil und denen zu Hause zu schüren. Das wird weiter versucht, aber zurzeit arbeiten wir sehr gut zusammen.

*Du sagst, politische Kämpfe hängen zusammen, z. B. die Frauen- und die Klimabewegung. Auch in Österreich wird es schwieriger. Was sollte die österreichische Bevölkerung verstehen?*

Putins Regime manipuliert Österreich in grossem Ausmass. Ich war schockiert, als ich erfahren habe, wie der Kreml durch die FPÖ

und rechte Politiker-innen über Jahre seinen Einfluss ausgebaut hat, ganz abgesehen vom Gas-Deal. Noch erschreckender finde ich, dass die meisten Österreicher-innen das überhaupt nicht realisieren. Österreich, ein Land mitten in Europa, ist für Putin strategisch ungeheuer wichtig. Der Balkan, Tschechien, die Slowakei und Ungarn bilden schon einen prorussischen Block. Überall hatte Putin die Finger im Spiel, um rechts-nationalistischen Regierungen zum Durchbruch zu verhelfen. Österreich wäre ihm eine willkommene Ausdehnung seines Einflussbereichs gegen das übrige Westeuropa. Genau das ist sein geopolitisches Ziel und, wie wir sehen, ist er durchaus erfolgreich. Es ist bekannt, dass prorussische Agent-innen die Strukturen der österreichischen Regierung infiltriert haben. Österreich tritt zwar immer als neutraler Staat auf, Politiker-innen rechter Parteien haben aber persönliche Kontakte in den Kreml. Auch finanzielle Verstrickungen bestehen weiter, wenn auch etwas verdeckter. Das alles ist sehr besorgniserregend.

All das sollte den Österreicher-innen zu denken geben. Der russische Einfluss kann sich sehr ungut auswirken, z.B. wenn die FPÖ, diese Neonazis, an die Regierung kommt. Es gibt hier viele Mythen über Russland. Wenn ich mit Menschen spreche, nicht nur mit Konservativen, höre ich oft: «Russland ist nicht so übel, Putin nicht so schlecht.» Die Leute haben keine Ahnung: weder von den politischen Gefangenen und der Folter noch vom Widerstand gegen die Regierung und dem Aktivismus. Wir müssen jetzt mit allen Mitteln gegen diesen Einfluss ankämpfen, solange das noch möglich ist. Es kann sich sehr schnell ändern.

Das Interview führte Gabi Peissl, EBF Österreich

\*Siehe Archipel 350, September 2025, «Polizeiübergriff auf die NS-Gedenkstätte Peršmanhof»

## UKRAINE/SCHWEIZ

# Eine Chance für die Roma!

**Am 6. September fand eine Veranstaltung unter dem Titel «Tabor Mukatschewo<sup>1</sup> – Überlebenshilfe für die Roma-Bevölkerung in der Ukraine» in Bremgarten bei Bern statt. Der Gemeindepräsident und das Europäische Bürger:innen Forum luden dazu ein, weil die Gemeinde eine Spende von 5000 Franken für die Unterstützung der Roma in der Ukraine beschlossen hatte. Rada Kalandjia<sup>2</sup> aus Mukatschewo nahm den Förderbeitrag im Namen des «Chrikli Roma Women's Fund»<sup>3</sup> entgegen und hielt folgende Rede:**

Liebe Freundinnen und Freunde, Kolleginnen, Kollegen, Partnerinnen und Partner, mein Name ist Rada Kalandia. Ich bin eine Binnenvertriebene aus der Oblast Donezk. Als der Krieg begann, war ich, wie Mil-

lionen andere Ukrainer-innen, gezwungen, mein Zuhause, meine vertrauten Strassen und meine Lieben zu verlassen und ein neues Leben zu beginnen. Ich entschied mich für Transkarpatien (im westlichsten Teil der

Ukraine, Anm. der Red.), und genau hier, wo ich dachte, Frieden zu finden, begegnete ich einer weiteren grossen Tragödie – dem Leben der Roma-Gemeinschaften. Als ich zum ersten Mal die Roma-Siedlungen sah, hatte ich das Gefühl, dass diese Menschen in einer Parallelwelt lebten. Es war, als existiere neben unserer Welt eine andere – ohne Dokumente, ohne Schulen, ohne Ärzte und Ärztinnen, ohne Zukunft. Eine Welt, über die nur wenige Menschen offen sprechen. Und dann wurde mir klar: Meine eigene Geschichte als Binnenvertriebene gibt mir die Kraft und die Pflicht, nicht nur für mich selbst zu kämpfen, sondern auch für diejenigen, die seit Jahren kein Gehör finden.

### Die sozioökonomische Isolation

Die Arbeitslosenquote in Roma-Gemeinden ist katastrophal hoch. Über 70 Prozent der Roma haben keine offizielle Festanstellung. Die Arbeit, die die Menschen finden, ist meist saisonal, gelegentlich und schlecht bezahlt. Stellen Sie sich einen Mann vor, der drei Monate im Jahr auf dem Bau arbeitet und den

Rest der Zeit mit Gelegenheitsjobs über die Runden kommen muss. Seine Kinder wachsen in Armut auf, ohne Stabilität, ohne ein Vorbild für eine andere Lebensweise.

### Kein Zugang zu Bildung

Viele Kinder in Roma-Siedlungen besuchen entweder keine Schule oder verlassen sie sehr früh. Über 50 Prozent der Roma-Kinder haben keinen Zugang zu Vorschulbildung und über 40 Prozent schliessen die Sekundarschule nicht ab. Transkarpatien hat die höchste Anzahl an segregierten Schulen in der Ukraine. Das sind Schulen, in denen Roma-Kinder getrennt unterrichtet werden und oft eine deutlich schlechtere Bildung erhalten. Viele Mädchen heiraten im Alter von 14 bis 15 Jahren, ohne auch nur eine Grundausbildung abgeschlossen zu haben. Erwachsene bleiben oft Analphabeten, was einen Teufelskreis schafft: Eltern können ihre Kinder beim Lernen nicht unterstützen, und Kinder wiederholen das Schicksal ihrer Eltern. Ich erinnere mich an ein kleines Mädchen namens Mariyka. Sie erzählte mir, dass sie Ärztin werden wolle, «damit unsere Kinder nicht an Erkältungen sterben». Aber ihre Mutter sagte: «Die Schule ist nichts für uns, du solltest lieber Kochen lernen.» Das sind nicht nur Worte, sondern ein Urteil fürs Leben.

### Eine Behausung, die kein Zuhause ist

In Transkarpatien gibt es über 120 Roma-Siedlungen. Die Häuser haben oft kein Wasser, kein Abwassersystem und keinen Strom. Etwa 20 Prozent dieser Siedlungen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser. Mehrere Familien leben zusammengepfercht in einem

Raum. Ich habe Orte gesehen, an denen Kinder auf dem Boden schlafen, weil es keine Betten gibt. Wo Wasser aus einem Eimer von einem Brunnen kommt und ein Badezimmer ein Traum ist. Solche Bedingungen verletzen nicht nur die Menschenwürde, sie gefährden auch die Gesundheit.

### Medizin als Luxus

Viele Roma haben keinen Reisepass und keine Geburtsurkunde. Ohne diese Dokumente haben sie keinen Zugang zu Krankenhäusern, Impfprogrammen oder sozialen Dienstleistungen. Infolgedessen haben wir eine hohe Kindersterblichkeit und chronische Krankheiten, die unbehandelt bleiben. In der Stadt Mukatschewoatschewo beispielsweise haben mehr als 1500 Roma keine Dokumente. Dank der Zusammenarbeit der Chirikli-Stiftung mit dem Europarat und dem Büro des Ombudsmanns sowie unter Beteiligung von Roma-Vermittler:innen wurden jedoch Massnahmen zur Erleichterung der Passregistrierung eingeleitet. Infolgedessen haben bereits 158 Roma Dokumente erhalten. Dies ist ein Beispiel dafür, dass Veränderungen möglich sind, wenn wir systematisch vorgehen.

### Diskriminierung und Stereotypen

Selbst wenn Roma versuchen, sich zu integrieren, stossen sie auf Hindernisse. In der Schule sind sie mit Vorurteilen konfrontiert, am Arbeitsplatz mit Ablehnung, im Krankenhaus mit Gleichgültigkeit. Die Medien stellen Roma oft als Problem dar und nicht als Teil der Gesellschaft. Dies führt zu einem Teufelskreis der Isolation: Die Gesellschaft lehnt

Roma ab, und Roma verlieren das Vertrauen in die Gesellschaft.

### Warum das für uns alle wichtig ist

Manche mögen sagen: «Das sind deren Probleme.» Tatsächlich sind es jedoch unsere gemeinsamen Probleme. Denn wenn ein Teil der Gesellschaft in Isolation und Armut lebt, verlangsamt dies die Entwicklung der gesamten Region. Es entstehen soziale Spannungen, Gesundheitsrisiken und Misstrauen gegenüber den Behörden. Umgekehrt investieren wir in Stabilität, Wirtschaft und in ein friedliches Zusammenleben, wenn wir in Roma investieren. Wenn Roma-Kinder zur Schule gehen, werden sie Ärzt:innen, Lehrer:innen und Unternehmer:innen. Wenn Roma-Familien Wohnraum und Dokumente erhalten, hören sie auf, Schatten zu sein, und werden zu Bürger:innen.

Unsere Lösung: ein umfassendes Unterstützungszentrum für Roma. Wir schlagen vor, den nächsten Schritt zu gehen – die Schaffung eines umfassenden Unterstützungszentrums für Roma in Transkarpatien. Dies wird keine einmalige Initiative sein. Es wird eine systemische Einrichtung sein, die täglich arbeitet und den Roma echte Instrumente für Veränderungen in die Hand gibt.

### Ein Unterstützungszentrum

In diesem Zentrum planen wir Folgendes anzubieten:

- Lebensmittel und humanitäre Hilfe für die bedürftigsten Familien;
- Bildung: Vereine, Stipendien, Alphabetisierungskurse, Berufsausbildung;



Unterwegs im Tabor. Rada Kalandija (2. v. links) hilft und berät Frauen im Alltag. Foto: Gabi Peissl

- Medizin: mobile Teams, Arztkonsultationen, Impfungen, Hygienekampagnen;
- Rechtsbeistand: Wiederherstellung von Dokumenten, Registrierung für Sozialleistungen, kostenlose Rechtsberatung;
- Beschäftigung: Ausbildung, Mikrokredite, Unterstützung für Kleinunternehmen;
- Kulturelle Integration: Festivals, Dialoge, Kampagnen gegen Stereotypen.

Stellen Sie sich vor, wie das funktioniert: Ein Kind kommt zum Club ins Zentrum, seine Mutter erhält Rechtsberatung und humanitäre Hilfe, sein Vater besucht Kurse in Elektrik oder Tischlerei, und die ganze Familie wird medizinisch untersucht. Das ist kein eintägiges Hilfsprogramm – es ist ein neuer Lebensweg.

### Was wird benötigt, um loszulegen?

Damit das Zentrum seinen Betrieb aufnehmen kann, benötigen wir: 1. Räumlichkeiten, in denen wir Klassenzimmer, Beratungsräume und Platz für Clubs einrichten können. 2. Finanzierung für ein Team für zwei Jahre: Lehrer:innen, Rechtsanwält:innen, Sozialarbeiter:innen, Mediator:innen, Verwaltungsangestellte. 3. Ressourcen für Programme: Lebensmittel, Lehrbücher,

Ausrüstung, Medikamente, Unterstützung für kulturelle Veranstaltungen. Wir brauchen zwei Jahre, um das Modell zu entwickeln, erste Ergebnisse zu zeigen und ein Beispiel zu schaffen, das auf andere Regionen der Ukraine übertragen werden kann.

### Warum Sie?

Wir wenden uns an Sie nicht nur als Spender:innen, sondern als Partner:innen. Wir laden Sie ein, diesen Wandel mitzugestalten. Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass Roma-Gemeinschaften nicht länger ein Symbol für Armut und Diskriminierung sind, sondern zu einem Beispiel für Integration und Entwicklung werden.

### Fazit

Ich weiss sehr gut, was es bedeutet, sein Zuhause zu verlieren und von vorne anzufangen. Aber ich weiss auch, dass Unterstützung alles verändern kann. Die Roma warten seit Jahrzehnten auf diese Unterstützung. Und heute haben wir die Chance, den Teufelskreis aus Armut, Isolation und Diskriminierung zu durchbrechen. Schaffen wir einen Ort, an dem nicht nur Dokumente oder Gesundheit wiederhergestellt

werden, sondern auch das Selbstvertrauen. Lassen Sie uns gemeinsam ein Zentrum aufbauen, das zum Symbol für eine neue Zukunft für die Roma in Transkarpatien – und für die gesamte Ukraine – wird. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, Ihr Vertrauen und Ihre Bereitschaft, gemeinsam zu handeln.

1. Tabor bedeutet Siedlung, im Falle der Roma kann man aber von einem Ghetto sprechen, wo in der Stadt Mukatschewo rund 12.000 Menschen unter miserabelsten Bedingungen leben müssen. Siehe Archipel Nr.344: J. Kräfner: «Roma in Transkarpatien»

2. Rada Kalandija ist 42 Jahre alt und Romni. Sie musste 2022 mit ihrer Familie aus dem Donbass fliehen.

3. [www.chirikli.com.ua](http://www.chirikli.com.ua)

Rada war nach ihrem Aufenthalt in der Schweiz auch 2 Tage in Wien, einerseits für ein Pressegespräch mit Journalist:innen und Vertreter:innen verschiedener Organisationen und andererseits, um sich mit Vertreter:innen von Vereinen, die sich speziell mit Roma-Anliegen befassen, auszutauschen. Wir werden im Archipel über etwaige zukünftige Kooperationen berichten.

## UKRAINE

# Nur ein Wunder kann uns retten

**Interview vom 11. August 2025 mit Taras Bilous, Redaktor des ukrainischen linken Onlinemediums Spilne und seit März 2022 Angehöriger der ukrainischen Armee.**

*Archipel: Bereust Du, Soldat geworden zu sein?*

Taras Bilous: Nein, ich bereue es nicht. Allerdings wusste ich damals, vor dreieinhalb Jahren, fast nichts von der Armee. Ab dem Moment, wo Du der Armee angehörst, ist Deine Freiheit sehr eingeschränkt. Du hast kaum Wahlmöglichkeiten, was Du in der Armee tun willst. Aber es gibt diese seltenen Gelegenheiten, wo Du plötzlich eine Wahl treffen kannst. Einige meiner Entscheidungen habe ich später bereut. Wenn ich damals soviel gewusst hätte wie ich jetzt weiss, dann wäre mein Weg in der Armee sicher ein ganz anderer gewesen.

*Welche Funktion hast Du derzeit?*

Jetzt bin ich Drohnenoperator, ich erkunde die Stellungen und Bewegungen des Feindes.

*Du bist einer der wenigen linken ukrainischen Autoren, die international bekannt sind.*

Ja, das stimmt, aber eigentlich erst seit Beginn des Krieges 2022, ich habe damals mehrere Texte in ausländischen Medien veröffentlicht. Davor habe ich fast ausschliesslich für Ukrainer und Ukrainerinnen publiziert.

*Was macht der Krieg mit den verschiedenen linken, emanzipatorischen Bewegungen in der Ukraine?*

Viele der aktivsten Leute sind heute in der Armee. Das schränkt deren Möglichkeiten natürlich sehr ein, und es ist auch ein grosses Handicap für ihre Organisationen. Vielleicht müssen wir uns daran erinnern, was bei der russischen Besetzung der Krim und des Donbas 2014 passiert ist. Das war eine katastrophale Periode für die linken Strömungen in der Ukraine. Alle haben sich zerstritten, Organisationen lösten sich auf, es gab während einiger Zeit praktisch keine linke Opposition mehr. Wir erinnern uns daran, dass noch 2011 und 2012 am 1. Mai in Kyiv mehrere Aufmärsche mit etwa 500 Teilnehmer:innen stattfanden, die Anarchist:innen getrennt von den anderen. Nach 2014 waren wir völlig marginalisiert, mehrmals fuhren wir am 1. Mai nach Kriwi Rih, wo die Gewerkschaften stark sind, und und schlossen uns den dortigen Aufmärschen an. Bis 2022 ging es also einfach darum, die linken Organisationen am Leben zu erhalten. Seit Kriegsbeginn ist es etwas anders. Erfreulicherweise gab es 2023

eine Neugeburt der Studentenorganisation «Priama Dija» («Direkte Aktion», eine in der Ukraine beinahe schon legendäre Student:innenorganisation, die mit Unterbrechungen seit den 1990er Jahren existiert hat). Das ist wichtig, denn während des Krieges gibt es ja nicht so viele Möglichkeiten, soziale Forderungen in die Öffentlichkeit zu bringen. Aber die Student:innen können sich z.B. für bessere Bedingungen in den Heimen für Studierende und gegen die Kommerzialisierung der Universitäten einsetzen. Und natürlich ist es erfreulich, dass es eine neue Generation von sozial engagierten Student:innen gibt.

*Was sagst Du zu den Protesten gegen die Knebelung der Antikorruptionsbehörden durch Zelenskiy im vergangenen Juli? An den Protesten in vielen Städten der Ukraine waren vorwiegend sehr junge Leute beteiligt. Ist es vergleichbar mit der Situation beim Maidan vor elf Jahren? Offenbar bleibt die Korruption das grösste Ärgernis für die junge ukrainische Bevölkerung? Wie lässt sich dies in Kategorien «rechts-links» einordnen?*

An den Protesten waren in erster Linie liberal eingestellte junge Leute beteiligt. Da waren auch Linke, aber sie waren eine Minderheit. Natürlich ist die Korruption ein grosses Problem, aber unter den Liberalen werden die Antikorruptionsbehörden etwas fetischisiert. Diese Strukturen wurden unter dem Druck der Europäischen Union ins Leben gerufen. Inwiefern sie die Korruption tatsächlich vermindern, ist fraglich. Aber insgesamt denke ich, dass die vorübergehende Kontrollübernahme von NABU und SAP nur der Tropfen war, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat, und dass die Proteste Ausdruck einer schon lange aufgauten Unzufrieden-



heit waren. Ausserdem finde ich interessant, dass an den Protesten Liberale und einige Linke präsent waren, und dass die extreme Rechte vollkommen abwesend war. Das ist ein grosser Unterschied zu früheren Protesten, als stets rechte Aktivisten und Aktivistinnen gewaltsam versucht haben, die Linken aus der Öffentlichkeit zu verbannen. De facto haben die Rechtsradikalen damals entschieden, wer an Protesten teilnehmen durfte und

**Unsere Armee ist völlig ausgelugt. Wir haben sehr viele Deserteure**

wer nicht. Diese Tendenz hat sich schon in den letzten Jahren vor dem Maidan abgezeichnet, als die Rechten die Strassen nicht mehr so stark dominierten. Davor gab es grosse Protestaktionen gegen die illegale Verbauung geschützter Stadtviertel, die waren völlig von den Rechten dominiert. Und heute sind die Rechten deutlich schwächer als noch während den Jahren von 2014 bis 2017.

*Wenn wir schon von den Rechtsextremen sprechen, dann erkläre uns bitte, inwiefern diese Kräfte in der ukrainischen Armee noch eine Rolle spielen. Im Ausland wurde viel vom Bataillon Asow gesprochen, das zu Beginn eine klar rechtsradikale Ideologie vertrat.*

Die grosse Masse der ukrainischen Soldaten und Soldatinnen ist unpolitisch, sie sind vorwiegend Dorfbewohner und Menschen aus der Arbeiterklasse. Sie interessieren sich nicht für ideologische Fragen. Es gibt aber einzelne Einheiten, die von rechten Aktivisten gegründet wurden. Ihnen habe sich viele Freiwillige angeschlossen, und daher ist bei ihnen die Disziplin und Kampfmotivation höher, es gibt weniger Korruption. Aus diesem Grund haben sich mit der Zeit auch viele andere Menschen freiwillig angeschlossen, die keinerlei rechtsradikalen Hintergrund haben. Aber die Führungsfiguren sind dieselben geblieben. Ich kämpfte in einer normalen Einheit der Armee, daher habe ich keine persönlichen Erfahrungen damit, inwiefern dort die Ideologie noch eine Rolle spielt.

Und schon jetzt ist es ein Problem, dass es eine Konkurrenz gibt zwischen verschiedenen Einheiten, die medial mehr oder weniger präsent sind und denen dementsprechend mehr oder weniger Ressourcen zu Verfü-

gung gestellt werden. Es gibt auch andere Einheiten, die vorwiegend aus Freiwilligen bestehen und keinerlei ideologischen Hintergrund haben. Der Unterschied ist vielleicht, dass bei den ideologisch motivierten Soldatinnen und Soldaten die Risikobereitschaft grösser ist und ihre Einheiten sind daher im Kampf besser, vor allem bei der Infanterie. Derzeit sehe ich kein Problem mit der Ideologie dieser Leute, alle sind Teil der Armee und dem Generalstab unterstellt. Was nach dem Krieg passiert, ist schwer vorherzusehen; die meisten Leute gehen wohl einfach ins zivile Leben zurück. Gewisse Anführer verbergen ihre politischen Ambitionen nicht. Aber einige von ihnen haben schon 2014 eine politische Karriere versucht, und ihr Einfluss blieb damals sehr marginal. Ich würde keine Prognose machen, wie das nach dem Krieg sein wird.

Noch etwas detaillierter, heutzutage ist die 3. Sturmbrigade nach wie vor deutlich politisiert. Das Bataillon Asow, von dem so viel gesprochen wurde, wurde bereits lange vor 2022 entpolitisiert. Jetzt sind sie Konkurrenten und die 3. Sturmbrigade unter Führung



des weit rechts politisierenden Andrij Biletskiy beschuldigt Asow, sich von den rechten Prinzipien entfernt zu haben.

*Mich würde noch interessieren, wie Du die Arbeit der ukrainischen Regierung einschätzt. Zelenskiy hat im Juli die Regierung umgebildet, neue Regierungschefin ist die 40jährige Julia Swyrydenko. Manche sagen, sie würde die neoliberale, antisoziale Politik der vorhergehenden Regierung noch verschärfen.*

Ich denke nicht, dass eine Regierungs-umbildung in der Ukraine heutzutage einen grossen Einfluss auf die tatsächliche Politik mit sich bringt. Tatsächlich hat Swyrydenko gleich in den ersten Tagen im Amt Gesetzesanträge eingebracht, die die Gewerkschaften und gewisse soziale Schutznetze für die Arbeitnehmer-innen schwächen sollen. Aber wir müssen feststellen, dass sich praktisch jede neue Regierung seit der Unabhängigkeit der Ukraine an diesen Fragen die Zähne ausgebissen hat. 2022 hatte sie es geschafft, unter dem Eindruck der russischen Aggression gewisse soziale Rechte abzubauen. Aktuell erwarte ich keine grösseren Änderungen. Insgesamt hat sich der Arbeitskodex bei uns seit den 1990er Jahren kaum verändert, das Umfeld hingegen sehr stark. Nachdem wir davon ausgehen müssen, dass das Parlament keine vernünftigen Veränderungen zustande bringt, ist es besser, alles bleibt beim Alten.

Insgesamt sehe ich den Regierungsumbau nur als eine PR-Massnahme. Die wichtigen Entscheidungen werden vom Stab des Präsidenten gefällt und nicht von der Regierung. Immerhin hat Swyrydenko es geschafft, einige ihrer Vertrauenspersonen in Schlüsselpositionen zu hieven, damit hat sie gegenüber der vorherigen Regierung von Denis Schmyhal einen Vorteil. Aber bisher hat sich die neue Premierministerin vor allem dadurch ausgezeichnet, die Vorgaben ihrer Vorgesetzten effizient umzusetzen.

Das Problem ist, dass der enge Kreis von Zelenskiy aus erfolgreichen Geschäftsleuten besteht, und sie wollen den Staat in diesem Geiste reformieren. Manchmal muss man

sagen, dass die alten Staatsbediensteten, die Zelenskiy loswerden will, es besser verstehen als die neue Generation, wie man den Staat am Laufen hält.

*Der Arbeitsmarkt in der Ukraine ist durch den Krieg und Migration heute völlig ausgetrocknet, und fast jeder Mensch, der Arbeit sucht, hat die Wahl zwischen verschiedenen Arbeitgebern. Allein dies scheint mir ein relativ starker Riegel vor abusiven Arbeitsverhältnissen.*

Ja, das stimmt natürlich. Ich möchte noch etwas zum Krieg sagen, denn meiner Ansicht nach ist das hier zu kurz gekommen. Unsere Armee ist völlig ausgelaugt. Wir haben sehr viele Deserteure. Ich bin derzeit sehr pessimistisch, denn objektiv betrachtet kann uns

nur ein Wunder retten. Russland hat uns in einen Krieg der Erschöpfung hineingezogen, und sie haben viel mehr Ressourcen als wir. Ihre Ökonomie kann diesen Krieg noch während einigen Jahren durchhalten. Aber wir halten ein paar Jahre nicht mehr durch.

*Das würde bedeuten, dass die Ukraine als Staat zu existieren aufhört?*

Ja, jedenfalls in ihrer aktuellen Form. Und alle diese sogenannten Friedensinitiativen führen zu nichts. Heute wäre eine Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung zu einem Einfrieren des Konflikts bereit. Dabei will Putin unseren Staat zerstören, daran hat sich nichts geändert. Der Westen will den Krieg so schnell wie möglich beenden. Jeder Kompromiss mit Putin wird aber von diesem nur

akzeptiert, wenn er zu einer weiteren Destabilisierung der Ukraine führt. Und Trump, anstatt Druck auf Putin auszuüben, hat er die Waffenlieferungen an die Ukraine eingestellt und den Frieden damit in noch weitere Ferne gerückt. Andererseits, wenn ich unsere Kräfte ansehe, dann gehe ich davon aus, dass wir spätestens 2026 nicht mehr so kämpfen können wie bisher, und daher denke ich, nur ein Wunder kann uns retten.

Aber wer weiss, das Beispiel von Syrien im vergangenen Jahr hat uns gezeigt, dass nach einer langen dunklen Periode auch wie aus dem Nichts eine radikale positive Veränderung möglich ist.

Das Interview führte Jürgen Kräffner,  
EBF Ukraine

## SERBIEN

# Aufständische Nachbarschaften

**Seit Herbst 2024 protestieren die Menschen in Serbien gegen die Regierung von Aleksandar Vučić und sein korruptes politisches System. Anlass für die Proteste war der Einsturz eines Vordachs am Bahnhof von Novi Sad, bei dem 16 Menschen ums Leben kamen. Seitdem wächst der Widerstand gegen das autoritäre Regime des Präsidenten.**

Mit unzähligen Strassenblockaden legten Bürger:innen im Sommer mehrere Städte lahm. Die Regierung setzt nach wie vor brutale Gewalt gegen die Demonstrierenden ein. Vor allem Studierende treiben die Protestbewegung voran – in Serbien wie auch in der österreichischen Diaspora. Politisch einte sie zunächst nur ein minimales Ziel: rechtsstaatliche Institutionen sollen unabhängig arbeiten können. Die Bewegung wies Parteipolitik zurück und organisierte sich stattdessen über basisdemokratische Versammlungen. Jetzt fordert sie plötzlich Neuwahlen. Dabei hat die Bewegung bisher auf den Aufbau basisdemokratischer Organisation gesetzt. Ein Strategiewechsel? Was steckt dahinter? Lucia Steinwender hat den Aktivistin und Psychologie-Studentin Mihailo in Belgrad getroffen. Er erzählt vom Aufbau von Nachbarschaftsversammlungen («zborovi»), wer sich darin organisiert und ob es am Ende jetzt doch um die Macht im Staat geht.

*Lucia Steinwender: Eure Studierendenbewegung ist basisdemokratisch organisiert. Es gibt keine Führungsrollen, Entscheidungen werden in Plena an den besetzten Fakultäten getroffen. Teile der Bevölkerung sind eurem Beispiel gefolgt und organisieren sich jetzt in Versammlungen – sogenannten «zborovi». Wie können wir uns das vorstellen?*

Mihailo: Die «zborovi» sind Bürger:innenversammlungen, die ähnlich funktionieren wie die Plena an unseren Unis. Sie sind in Arbeitsgruppen organisiert, Entscheidungen werden in einer gemeinsamen Abstimmung nach dem Mehrheitsprinzip getroffen. Sie ähneln den «assemblies», die zum Beispiel die Occupy Wallstreet-Bewegung genutzt hat. Mit zwei entscheidenden Unterschieden: Die zborovi bilden sich nach Stadtteilen oder Nachbarschaften. Und sie sind in Serbien bereits gesetzlich verankert: Wenn mindestens zehn Prozent der gemeldeten Bürger:innen eines bestimmten Gebiets zusammenkommen, können sie eine Art Bürgerrat bilden und Vorschläge in den Gemeinde- oder Bezirksrat einbringen. Im März haben wir die Bevölkerung in einem offenen Brief dazu aufgerufen, solche zborovi zu organisieren. Dabei ging es uns nicht so sehr um die legale Gültigkeit dieser Versammlungen. Wir wollten einfach ein Konzept wählen, das den Leuten bereits ein Begriff ist, mit dem sie etwas anfangen können und vielleicht sogar positive Assoziationen haben.

*Hat das funktioniert?*

Ja. In der Anfangsphase haben in über 1000 Siedlungen in ganz Serbien Versammlungen stattgefunden. Nicht alle davon haben

sich institutionalisiert. Aber mindestens 100 zborovi haben sich dauerhaft – und teilweise ziemlich beeindruckend – organisiert.

*Und was machen diese Versammlungen? Zum einen sind sie Teil der landesweiten Protestbewegung. Zum anderen organisieren sie sich aber auch für eigene, lokale Anliegen.*

Sich basisdemokratisch zu organisieren, erfordert meist sehr viel Zeit. Organisieren sich in den Bürger:innen-Versammlungen vor allem Leute, deren finanzielle Situation es erlaubt oder die in der Vergangenheit schon politische Bildung genossen haben?

Das würde ich nicht sagen. Die Versammlungen spiegeln ihre Nachbarschaften wider: In wohlhabenden Vierteln sind wohlhabende Leute vertreten und vice versa. Gerade dadurch, dass die zborovi konkrete, greifbare Probleme in der lokalen Umgebung anpacken. Das sind teilweise Probleme, die schon lange bestehen – aber bisher gab es weder die lokale Organisation noch den politischen Druck, sie zu lösen. Beides gibt es jetzt.

*Wie wichtig war und ist eure Rolle als Studierende im Anstossen dieser Organisation?*

Wir haben eine Arbeitsgruppe für diese Versammlungen gegründet, in der ich aktiv bin. Zum einen leisten wir praktische Unterstützung – das ist vor allem in der Gründungsphase von einem «zbor» (Singular von zborovi, Anm. d. Red.) relevant: Formiert sich in einem Stadtteil ein zbor, geben wir ihm als Studierendenbewegung oft eine gewisse Legitimität. Wir helfen auch bei Problemen: zum Beispiel, wenn die Beteiligung nicht so gross ist wie erhofft oder politische Parteien versuchen, Einfluss zu nehmen. Wir geben unsere eigenen Erfahrungen und die anderer zborovi weiter. Unsere zweite zentrale Funktion ist die Kommunikation und Koordination zwischen den Versammlungen. Wir organisieren bald die dritte «Versammlung der Versammlungen», zu der wir Delegierte aller zborovi einladen.

*Tauscht ihr in diesen Versammlungen nur praktische Erfahrungen aus, oder diskutiert Ihr auch strategische Schritte der Protestbewegung?*

Beides. Die zborovi haben sich zu einem zentralen Teil der Protestbewegung entwickelt. Sowohl die zweiwöchige Blockade des öffentlichen Rundfunks RTS im April als auch die Strassenblockaden im Sommer wären ohne sie nicht möglich gewesen. Mit den zborovi besteht jetzt eine unabhängige Struktur abseits der Studierenden, in der sich alle Bürger:innen organisieren können.

*Noch im März habt ihr betont, auf diesen Strukturaufbau zu setzen. Zu Parteipolitik habt ihr euch nie geäußert – das hat euch auch viel Unterstützung von der politikverdrossenen Bevölkerung eingebracht. Seit Mai fordert ihr nun Neuwahlen – und greift dafür auch zu radikaleren Mitteln. Seit Sonntagabend legen Strassenblockaden in vielen Städten Serbiens den Verkehr lahm. Woher der Sinneswandel?*

Zum einen hat sich gezeigt, dass die Regierungspartei unsere Forderung nach der Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit niemals erfüllen wird. Auf den bisherigen Höhepunkt der Proteste am 15. März, als Hunderttausende in Belgrad friedlich protestiert haben, reagierte sie mit Gewalt. Für viele Teile der Bewegung war spätestens dann klar: Um dieses Regime loszuwerden, braucht es Neuwahlen. Für die breite Masse sind Wahlen nun mal die logische politische Artikulation. Und weil wir als Studierende nicht nur Teil dieser Bewegung sind, sondern gewissermassen ihr zentrales Organ, haben wir uns letztlich entschieden, die Forderung mitzutragen. Heute glaube ich, es ist auch was dran: Vučić war

in den letzten Jahren stets der erste, der Wahlen ausrief, um Proteste zum Verstummen zu bringen. Jetzt aber weigert er sich – weil er Angst hat, zu verlieren. Bei den Lokalwahlen in Kosjerić und Zaječar hat die Opposition stark zugelegt.

*Geht es jetzt also doch um die Macht im Staat statt um Basisorganisation von unten?*

Das ist kein Widerspruch. Erstens: Es wird Teil des Programms der neuen Liste sein, direkte Demokratie zu institutionalisieren. Plena an den Universitäten, aber auch lokale Selbstverwaltung sollen ausgeweitet und verfestigt werden. Zweitens soll die nächste potenzielle Regierung vermutlich nur für eine Übergangsphase dienen. Und egal welche Partei an der Macht ist, es braucht immer eine soziale Bewegung als Kontroll- und Druckmechanismus.

*Ihr tretet als Studierende zwar nicht selbst bei möglichen Wahlen an, nominiert aber die Kandidat:innen für eine neue Liste. Und ihr schreibt das Programm mit. Bisher hatte eure Bewegung kaum soziale oder wirtschaftliche Forderungen. Ändert sich das nun?*

Es stimmt, unsere ursprünglichen Forderungen haben sich auf ein grundlegendes Minimum beschränkt: dass die rechtsstaatlichen Institutionen ihre Arbeit tun und Gesetze für alle gelten. Indem sich unserem Kampf mehr und mehr unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen angeschlossen haben, haben sie aber auch ihre Anliegen in die Bewegung hineingetragen. Das Programm der neuen Liste soll diese breite soziale Front repräsentieren. Durch den Streik der Pädagog:innen wurde zum Beispiel klar, dass es eine Reform des Streikrechts braucht.

*Das geltende Streikgesetz verbietet vielen Sektoren quasi den Streik. Auch den Pädagog:innen und Lehrer:innen, die als eine der wenigen Berufsgruppen für die Forderungen eurer Bewegung in den Streik getreten sind. Ihnen wurden die Gehälter bis zu 100 Prozent gekürzt. Nun haben die Gewerkschaften eine Initiative für eine Reform des Streikrechts gestartet.*

Ich denke, durch unseren Kampf haben wir viele Teile der Gesellschaft aufgeweckt und aktiviert. Zum Beispiel auch die Gewerkschaften. Wir haben neue Ideen und Werkzeuge ins Spiel gebracht, mit denen wir uns gegen autoritäre Regierungen zur Wehr setzen können. Ich denke, diese Effekte werden noch lange spürbar sein – unabhängig davon, was das konkrete Ergebnis unseres aktuellen Kampfes gegen diese Regierung letztendlich sein wird. Denn in Serbien haben wir eine lange Geschichte repressiver, undemokratischer Regime, die gegen die Interessen der Bevölkerung arbeiten.

*Die Demonstrationen der letzten Monate waren unglaublich divers. Von linken bis rechten politischen Gesinnungen war dort alles vertreten. Wie wollt ihr euch jetzt auf ein konkretes politisches Programm einigen?*

Für die Studierendenbewegung kann ich sagen, dass der soziale Zusammenhalt uns über inhaltliche Differenzen hinwegträgt. Wir haben uns in den vergangenen Monaten fast täglich gesehen und viele politische Diskussionen geführt. Durch die Praxis der direkten Demokratie haben wir uns auch daran gewöhnt, dass vielleicht nicht immer alles so entschieden wird, wie wir uns das als Einzelne wünschen. Wenn ein Vorschlag die Mehrheit überzeugt, dann ist er meistens gut genug, um ihn mitzutragen.

*Und in der Bevölkerung? Zurzeit habt ihr da ja eine ausgesprochen grosse Unterstützung. Werdet ihr die verlieren, wenn ihr euren bisherigen Minimalkonsens verlasst?*

Die letzten Monate haben gezeigt, für welche Themen die Menschen bereit waren, zu protestieren und zu kämpfen. Zum Beispiel gegen die Privatisierung unserer Rohstoffe. Im Osten des Landes richten multinationale Konzerne mit Bergbau schon viel ökologische Zerstörung an, im Jadartal will «Rio Tinto» Lithium ausbeuten. Die lokalen Gemeinschaften wehren sich dagegen. Deshalb haben wir auch den Stopp dieser Projekte in unser Programm mitaufgenommen.

Das Interview führte Lucia Steinwender\*

\* Lucia Steinwender ist freie Journalistin und lebt zurzeit in Belgrad. Dieser Artikel vom Juli 2025 wurde zuerst in mosaik publiziert. Mosaik ist ein Medium, das solidarische, herrschaftskritische und kämpferische Positionen sichtbar macht. Politische Bewegungen und Entwicklungen in Österreich stehen dabei im Fokus, der Blick reicht aber auch über den Tellerrand der Alpenrepublik hinaus.



Die Mutter aller Friedenstauben. Pablo Picasso, 1949.

**Archipel**  
Monatszeitung des  
Forum Civique

Schweiz:  
Postfach 1115,  
CH-4001 Basel  
Tel: 0041/61 262 01 11  
ch@forumcivique.org

Österreich:  
Lobnik 16  
A-9135 Zelezna Kapla  
Tel: 0043/42 38 87 05  
at@forumcivique.org

Deutschland:  
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf  
D-17159 Dargun  
Tel: 0049/39 959 23 881  
de@forumcivique.org

Frankreich:  
St. Hyppolite  
F-04300 Limans  
Tel: 0033/4 92 73 05 98  
fr@forumcivique.org

Ukraine:  
vul. Peremogi 70  
UKR-90440 Nischnje Selischtsche  
Tel: 00380/31 42 512 20  
ua@forumcivique.org